

**NIEDERSCHRIFT**  
**über eine Sitzung des Stadtrates der Stadt Landsberg**  
**in öffentlicher Sitzung**

**Datum:** 18.12.2014

**Zeit:** 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr

**Ort:** Gymnasium Landsberg

**Anwesenheit:**

G. Scheuerle

C. Gobst

J.-P. Haacke

O. Heinrich

C. Schaaf

St. Müller

R. Milzsch

F. Stolzenberg

F. Tessmann

C. Kupski

G. Chyla

A. Werner

L. Arzt

L. Müller (erscheint ca. 19.30 Uhr)

K. Rothe

H. Sitte

Dr. J. Müller

H. Kliche

E. Weidinger

F. Hübner (erscheint ca. 19.30 Uhr)

E. Schmidt

A. Reuter

C. Töpe

Dr. P. Donath

P. Schillinger

H. Ehrenberg

A.-J. Wolff

F. Meinhardt

**entschuldigt:**

I. Möritz

**Ortsbürgermeister:**

H. Liebl

W.-St. Menzel

B. Frischmuth

B. Bunge

**Gäste:**

U. Sperling - Stadt Landsberg

D. Moron-Wernicke - Stadt Landsberg

C. Hoppe - Stadt Landsberg

R. Weißmann - Stadt Landsberg

K. Worm - Stadt Landsberg (Protokollantin)

eine große Anzahl Bürger

Das Protokoll umfasst die Seiten 1 bis 12.

O. Heinrich

K. Worm

Bürgermeister

Protokollantin

### **Punkt 1      Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Stadtratsvorsitzende Dr. J. Müller eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, Ortsbürgermeister, Bürger und die Mitarbeiter der Verwaltung. Der Schulleiter des Gymnasiums, Herr Feudel, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Schule kurz vor. Dr. Müller bedankt sich bei Herrn Feudel und überreicht ihm das Buch „Die Würde des Menschen“. In diesem Sinn erhofft er sich die Sitzung mit Fairness und Anstand durchführen zu können.

### **Punkt 2      Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Anwesenheit von 26 Stadtratsmitgliedern und damit die Beschlussfähigkeit fest.

### **Punkt 3      Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung**

Herr Scheuerle zieht den Antrag der CDU-Fraktion zur Wahl von Frau Moron-Wernicke als ersten Stellvertreter des Bürgermeisters zurück.

Des Weiteren macht Herr Scheuerle auf den Vorschlag der CDU-Fraktion aufmerksam, den Tagesordnungspunkt Bergschule als zusätzlichen Punkt in den öffentlichen Teil aufzunehmen. Dazu befragt Dr. Müller den Stadtrat, ob dieser Punkt als gesonderter Tagesordnungspunkt 11 abgehandelt werden soll. Herr Stolzenberg äußert, diese Problematik unter Sonstiges abzuhandeln. Herr Scheuerle fordert, dieses dringende Problem unbedingt gesondert abzuhandeln. Herr St. Müller wirft ein, dass die Tagesordnung des öffentlichen Teils nicht um einen Extrapunkt erweitert werden kann.

Daher schlägt Dr. Müller vor, das Thema Bergschule unter Sonstiges zu behandeln.

Sodann wird über die Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen

### **Punkt 4      Einwohnerfragestunde**

Frau Bunk aus Petersdorf erkundigt sich nach den von Herrn Heinrich versprochenen 1.000,00 € für die Kinderfeuerwehr und einem Obolus für die Kinderweihnachtsfeier.

Herr Heinrich erläutert die Probleme bei der Vereinsförderung, da es keinen beschlossenen Haushalt gibt. Das Geld wird fließen, wenn der Haushalt beschlossen ist.

Herr Sperling bedankt sich für die Arbeit in der Kinderfeuerwehr. Er berichtet von einer Spende für die Kinder- und Jugendfeuerwehr, die auf alle aufgeteilt wird.

Frau Bunk erkundigt sich nach der Aufwandsentschädigung, die bisher nicht gezahlt wurde. Dazu gibt Herr Sperling bekannt, dass diese jetzt angewiesen ist.

Herr Seidowski aus Hohenthurm fragt Dr. Müller, wieso er in der Zeitung äußert, dass ein Feldzug gegen Herrn Heinrich und Herrn Hoppe geführt wird und die CDU behindere die Arbeit im Stadtrat.

Dr. Müller spricht über Probleme und Diskrepanzen innerhalb des Stadtrates. Er sieht eine unheilige Allianz vom Innenministerium über den Landtag bis hin zum Landesverwaltungsamt. Er wurde sogar im Kreistag von einem Landtagsmitglied angesprochen mit dem Hinweis, nur Dienst nach Vorschrift zu tun.

Herr Scheuerle stellt einen Geschäftsordnungsantrag und weist darauf hin, dass Dr. Müller neutral bleiben muss und seine Meinung hier nicht zu sagen hat.

Herr Seidowski fragt Herrn Dr. Müller, ob er gewählter Vertreter der Bürger oder gewisser Personen ist. Dr. Müller erklärt, dass er sich die Meinung eines Juristen einholen wollte. Ein weiterer Bürger aus Hohenthurm fragt, warum Herr Dr. Müller zur Kanzlei der Stadt gegangen ist und nicht zu einem neutralen Anwalt. Damit sieht er Dr. Müller nicht mehr als neutral an.

Dr. Müller erklärt dazu, dass es einen Beratungsvertrag der Kanzlei Appelhagen mit der Stadt gibt.

Frau Werner erkundigt sich, ob Dr. Müller eine Verschwörungstheorie des Landesverwaltungsamtes, der CDU und der Kommunalaufsicht sieht.

Dazu äußert Herr Scheuerle, dass Dr. Müller gesagt habe, dass es eine Verschwörungstheorie zwischen der CDU-Fraktion, Landesverwaltungsamt und der Kommunalaufsicht gibt. Dem widerspricht Dr. Müller.

Herr Seidowski fordert Herrn Heinrich auf, einen Antrag auf Tiefenprüfung zu stellen und seine Ämter niederzulegen. Warum nutzt Herr Heinrich nicht die Gelegenheit dazu? Herr Heinrich gibt dazu keine Antwort.

Herr Kampa aus Plößnitz erkundigt sich danach, ob die Kinder aus Plößnitz und Braschwitz nicht in Hohenthurm eingeschult werden. Herr Hoppe erklärt, dass sich für die Kinder in Plößnitz und Braschwitz nichts geändert hat. Herr Kampa ist der Meinung, dass wegen der Sanierung in der Bergschule Klassenräume fehlen würden. Herr Hoppe erläutert, dass durch die Horträume eine Doppelnutzung möglich ist und es so zu keinen Engpässen kommt.

Die Einwohnerfragestunde wird beendet.

#### **Punkt 5            Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 23.10.2014 und 27.11.2014**

Der Stadtratsvorsitzende verliest zunächst die Beschlüsse vom 23.10.2014. Anschließend werden die Beschlüsse aus der Sitzung vom 27.11.2014 verlesen.

## **Punkt 6 Bestätigung des Sitzungsprotokolls – öffentlicher Teil – vom 27.11.2014**

Das Protokoll wird mit 22 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen bestätigt.

## **Punkt 7 Bewertungsrichtlinie der Stadt Landsberg**

Herr Scheuerle erkundigt sich, wie diese Richtlinie zustande gekommen ist.

Dazu erläutert Herr Hoppe, dass die Firma SIKOSA mit der Einführung der Doppik zusammen mit Frau Jung die Bewertungsrichtlinie erarbeitet hat.

Herr Scheuerle fragt nach der Notwendigkeit der Eröffnungsbilanz für den neuen Haushalt.

Herr Hoppe erklärt, dass innerhalb von 6 Monaten die Eröffnungsbilanz erstellt werden muss.

Herr Scheuerle berichtet, dass die CDU-Fraktion hier Schwierigkeiten sieht. Es sollte noch im Finanzausschuss darüber beraten werden.

Herr Reuter bittet um Erläuterung, welche Teile der Stadt in der Richtlinie berücksichtigt werden.

Herr Hoppe erklärt, dass es sich hauptsächlich auf die Nutzungsdauer und Abschreibungsdauer bezieht.

Herr Stolzenberg begrüßt, die Angelegenheit im Finanzausschuss zu beraten. Allerdings sollten die entsprechenden Personen, die diese Richtlinie auch erläutern können, evtl. auch andere Kommunen, an der Beratung teilnehmen.

Herr Wolff begrüßt diesen Vorschlag. Er möchte dazu den Leitfaden des Landes sehen.

Herr St. Müller bittet, bei der Einladung an die SIKOSA gleich die entsprechenden Fragen zu formulieren.

Herr Heinrich zieht den Beschluss zurück und verweist die Bewertungsrichtlinie an den Finanzausschuss.

## **Punkt 8 Risikoanalyse der Stadt Landsberg**

Herr Arzt kann sich nur ein Urteil für Hohenthurm erlauben und weist auf gravierende Mängel hin.

Auch Herr Scheuerle weist auf Fehler bezüglich der Ortschaft Queis hin, genannte Firmengibt es dort nicht mehr.

Herr Wolff empfindet es als schwierig, im Stadtrat jeden Ortsteil zu diskutieren. Er schlägt einen Verweis an die Ortschaftsräte vor und von dort sollen dann Ergänzungs- bzw. Korrekturvorschläge eingebracht werden.

Frau Werner weist auf unterschiedliche Daten in der Analyse und bittet um Korrektur in den Ortschaftsräten.

Herr Sperling begrüßt die Beratung in den Ortschaftsräten und schlägt vor, die Ortswehrleiter mit einzubeziehen.

Herr Gobst weist ebenfalls auf das falsche Verfassungsdatum hin. Des weiteren spricht er die Problematik des Fahrzeugparks an, wo auf die überalterten Fahrzeuge hingewiesen wird. Wie soll dieses Problem gelöst werden?

Herr Sperling erinnert an die letzte Stadtratsitzung, wo beschlossen wurde, dass im Februar eine Zuarbeit erfolgt und Maßnahmen für die Zukunft erarbeitet werden.

Herr Reuter vermisst die Einschätzung der Kommunalaufsicht. Herr Sperling gibt bekannt, dass eine Antwort der Kommunalaufsicht existiert und diese wird dann bei Vorlage in den Ortschaftsräten mit beigefügt.

Herr Kupsi weist darauf hin, dass die Risikoanalyse dazu dient, Fehler aufzudecken und Veränderungen vorzunehmen. Es sollte ein Konzept erarbeitet werden, wie die Einsatzbereitschaft gewährleistet werden kann.

Herr Menzel berichtet von den Gleisarbeiten in Hohenthurm und stellt richtig, dass dort nicht so schnell gefahren wird (max. 160 km/h). Solange dort noch schienengleiche Überwege sind, darf nicht schneller gefahren werden.

Herr Wolff bestätigt die Arbeiten an einem Übergang in Hohenthurm. Er spricht sich dafür aus, dass der 2. Übergang nicht beseitigt wird. Dies sollte in der Analyse mit aufgenommen werden.

Herr Heinrich verweist die Risikoanalyse an die Ortschaftsräte.

Herr Stolzenberg äußert die Bitte, die Unterlagen per e-mail den Ortsbürgermeistern zur Verfügung zu stellen, damit dies dann per mail verteilt werden kann.

Herr Menzel ist der Meinung, dass es den Ortschaftsräten nicht zugemutet werden kann, dass es jeder ausdrückt.

Frau Werner schlägt vor, dass einige Stadträte es den Ortschaftsräten zur Verfügung stellen könnten.

Herr Sperling teilt mit, dass die Ortschaftsräte von den gewünschten Ortschaften ein Papierexemplar erhalten und die anderen digital.

#### **Punkt 9            Befreiung von den Festsetzungen B-Plan Nr. 10 „Wohnanlage Reinsdorf Mühlweg“                          Gemarkung Landsberg**

Herr Kliche teilt mit, dass der Ortschaftsrat zugestimmt hat.

Herr Gobst teilt mit, dass der Bauausschuss zugestimmt hat.

Sodann wird der Beschluss verlesen und darüber abgestimmt.

## **Beschluss-Nr. 157/12/14**

Der Stadtrat beschließt, dem Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 10 „Wohnanlage Reinsdorf Mühlweg“ und zwar hinsichtlich der Überschreitung der Baugrenze zur Errichtung eines Einfamilienhauses zuzustimmen. Die Bauherren möchten ein Wohnhaus in Form eines Bungalows errichten, wobei der nicht geradlinige Verlauf der Baugrenze ungeeignet ist. Die Überschreitung betrifft eine Fläche von ca. 7m x 2 m.  
Antragsteller sind die Eheleute Fricke aus Kabelsketal.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen

### **Punkt 10      Beschluss über eine außerplanmäßige Ausgabe**

Herr Kupski sieht mit diesem Beschluss eine Verpflichtung zum Kauf dieser Drehleiter gegenüber der Firma Metz, ohne dass aber konkrete Zahlen bekannt sind.

Herr Sperling erklärt, dass sich die Stadt nicht zum Kauf verpflichtet. Nur wenn die Feuerwehr nicht gekauft wird, muss der normale Mietpreis gezahlt werden.

Herr Scheuerle gibt zu bedenken, dass man hier von 250 € ausgehen muss und bei Nichtzustandekommen des Kaufvertrages durchaus 15.000 € Mehrkosten entstehen können.

Herr Scheuerle erkundigt sich, ob eine Zweckvereinbarung mit Nachbarkommunen geprüft wurde.

Herr Sperling verneint dies.

Herr Sperling erläutert nochmal die Möglichkeiten zur Anschaffung der Drehleiter. Für diese hier angebotene überarbeitete Drehleiter gibt es keine vergleichbare Leiter. Eine Ausschreibung für solch eine Leiter stellt sich schwierig dar.

Herr Wolff erinnert, dass die Termine zur Beschaffung schon länger bekannt sind. Man muss schnellstmöglich Vergleichspreise einholen und dann die Angelegenheit im Vergabeausschuss beraten. Er kann nicht verstehen, warum dies nicht schon längst geschehen ist.

Herr Sperling begründet dies mit dem fehlenden Haushalt.

Herr Wolff erkundigt sich, ob für die Übergangszeit eine wirtschaftlichere Alternative möglich gewesen wäre. Es muss die Option offen gehalten werden, um sich beim Kauf frei entscheiden zu können.

Herr Sperling weist auf die Bedeutung der Anschaffung der Drehleiter hin, um die Sicherheit der Bürger zu gewähren.

Frau Werner befremdet es, dass eine so wichtige Angelegenheit, bei der es um die Sicherheit geht, erst am 18.12.2014 auf die Tagesordnung kommt.

Herr Gobst stimmt dem zu, dass die Zeit zu knapp ist. Es hätte früher an das Problem herangegangen werden müssen.

Herr Stolzenberg fragt nach Verhandlungsmöglichkeiten mit der Firma Metz bezüglich der Mietkosten.

Herr St. Müller fragt nach, ob der Mietvertrag bis zum 31.3.2015 fest vereinbart ist oder auch eher beendet werden kann. Herr Sperling erklärt, dass zum Zeitpunkt des Kaufes der Mietvertrag beendet ist.

Herr St. Müller stellt fest, dass auch jede Vereinbarung mit einer Nachbargemeinde Geld kostet. Es müssen daher schnellstmöglich Preise verglichen werden und schnellstmöglich der Haushalt beschlossen werden. Es muss schnell reagiert werden, um Geld einzusparen.

Herr Töpe berichtet, dass es auf dem Fahrzeugmarkt kein vergleichbares Fahrzeug zu diesem angebotenen gibt.

Herr Menzel erinnert noch einmal daran, dass es bei der Anschaffung der Drehleiter um die Rettung von Menschenleben geht und der Ersatz dringend notwendig ist.

Herr Kupski macht auf die letzte Stadtratssitzung aufmerksam, wo durch Herrn Sperling ausführlich alle Varianten zur Anschaffung dargelegt wurden, jeder Stadtrat weiss, worum es hier geht.

Herr Wolff ist der Meinung, dass die Angelegenheit in den Vergabeausschuss gehört.

Auch Frau Schillinger erinnert nochmalig daran, dass es hier um Menschenleben geht.

Der Beschlussvorschlag wird verlesen.

#### **Beschluss-Nr. 158/12/14**

Der Stadtrat beschließt die Anmietung einer Feuerwehrdrehleiter bis zum Kauf der Ersatzbeschaffung wie am 27.11.2014 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen                      1 Enthaltung

#### **Punkt 11            Sonstige Informationen**

Herr Wolff bittet die Verwaltung um schriftliche Informationen, was die Risikoanalyse kostet.

Dr. Müller hat einen Fragenkatalog bezüglich einer Baumfällung auf dem Friedhof Plößnitz. Dieser wurde bereits durch den Ortschaftsrat Braschwitz an die Verwaltung herangetragen.

Herr Wolff informiert über seine Anfrage aus dem März 2013 bezüglich Sondervereinbarung Abwasser an die Stadt. Er hat dazu eine Antwort erhalten, dass es eine solche nicht gibt. Herrn Wolff liegt ein Protokoll vom 05.11.1999 vor, aus dem hervorgeht, dass es eine Sondervereinbarung gibt. Damit ist die Angabe des Heinrich falsch.

Herr Kupski moniert, dass diese Angelegenheit in den nichtöffentlichen Teil gehört. Herr Wolff argumentiert, dass er deshalb keine Namen genannt hat.



Herr Arzt erkundigt sich, ob es stimmt, dass der Hauptausschuss und Finanzausschuss in dieser Legislaturperiode noch nicht getagt haben. Herr Heinrich bejaht dies und gibt bekannt, dass für den Januar 2015 eine Sitzung geplant ist.

Herr Scheuerle regt an, dass dann auch wieder die Personalangelegenheiten im Hauptausschuss behandelt werden sollten, um den Stadtrat zu entlasten.

Herr Hoppe teilt als Termin für den Hauptausschuss den 21.01.2015 mit.

Herr Gobst erkundigt sich nach dem neuen Anbieter für Trinkwasser ab dem 01.01.2015 und der damit verbundenen Kosten. Herr Heinrich war zur Sitzung und hat die entsprechenden Punkte für alle Ortschaften zu Papier gebracht, Herr Hoppe verteilt die Erläuterungen an alle. Die entsprechenden Satzungen werden im Amtsblatt veröffentlicht.

Herr St. Müller bittet um Veröffentlichung für alle Bürger, nicht nur im Amtsblatt, um die Bürger zu beruhigen, da einige verunsichert sind, dass die Trinkwasserversorgung nicht gesichert wäre.

Herr Hoppe erklärt dazu, dass alle Bürger ab 01.01. Wasser haben werden. Bei Bedarf würde eine Notverfügung greifen.

Herr Scheuerle fragt jetzt nach dem Thema Bergschule. Dies soll nun diskutiert werden.

Herr Gobst erinnert an seine letzte Anfrage zu diesem Thema und die Auskunft, es gäbe keine Gefährdung. Nun wurde ein Gutachten von 2012 von der Unfallkasse bekannt, worin unverzüglicher Handlungsbedarf empfohlen wird.

Frau Moron-Wernicke erklärt, dass die Kinder keiner Gesundheitsgefährdung ausgesetzt sind. Es liegen 2 Messberichte und 1 Kernbohrung vor. Herr Weißmann kann dazu technische Erklärungen abgeben.

Herr Weißmann erklärt, dass beide Gutachten davon ausgehen, dass Handlungsbedarf besteht. Allerdings geben diese keine Auskunft zur Ursache des Geruchs. Erst die Kernbohrung konnte die Ursache aufdecken. Nach Kenntnis dieser Ursache wurde eine Kostenschätzung veranlasst und ein Plan aufgestellt, dass die Sanierung in den kommenden Sommerferien in allen Räumen erfolgen soll.

Er hat außerdem die beiden Gutachten miteinander verglichen und festgestellt, dass die Messung 2012 nicht richtig erfolgt ist. Daher sind die Ergebnisse aus dem Jahr 2012 und 2014 so unterschiedlich.

Am 03.02.2015 erfolgt eine erneute Messung, wobei dadurch keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Herr Weißmann verliest die Stellungnahme der Unfallkasse.

Herr Wolff fragt Frau Moron-Wernicke, wer die Angelegenheit 2012 betreut hat. Seitens der Verwaltung wird dazu Herr Sperling benannt.

Herr Wolff möchte wissen, ob eine Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen werden kann. Welche Schritte wurden 2012 eingeleitet, nach dem bekannt wurde, dass es dort belastete Stoffe gab?

Herr Kuspki weist Herrn Wolff darauf hin, dass Herr Weißmann erst seit ca. 3 Monaten in der Verwaltung tätig ist und daher noch keine umfangreichen Antworten geben kann.

Frau Moron-Wernicke hat erst seit Mai 2014 Kenntnis davon, nachdem Frau Brandes von der Grundschule sie angesprochen hat. Sie kannte das Gutachten vorher nicht.

Herr Wolff möchte wissen, wer die neuen Beläge ausgelegt hat und ob die Firma dafür autorisiert ist. Er möchte dazu schriftliche Antworten.

Herr Heinrich teilt mit, dass zum damaligen Zeitpunkt die Bauamtsleitung bei Frau Möser lag und er mit ihr Rücksprache halten wird.

Herr Scheuerle sieht in dem Gutachten von 2012, dass unverzüglich hätte gehandelt werden müssen.

Herr Kliche erhebt Widerspruch gegen diese Aussage von Herrn Scheuerle.

Herr Scheuerle fragt, warum anderthalb Jahre nichts gemacht wurde und jetzt mit einer neuen Messung im Februar die Sache relativiert werden soll. Das geht so nicht.

Herr Gobst erkundigt sich bei Herrn Weißmann, ob die Messung im Jahr 2012 fehlerhaft war. Dies bejaht Herr Weißmann.

Des weiteren weist Herr Gobst im Gutachten von 2014 darauf hin, dass die Werte für Gesundheitsgefährdung erhöht sind.

Herr Weißmann macht noch einmal deutlich, dass nur der Belag begutachtet wurde, ohne dass die Ursachen bekannt waren.

Frau Schillinger bittet um Einhaltung der Diskussionsdisziplin.

Herr Weißmann teilt mit, dass bisher keine Erkrankung bekannt ist. Es sollte die Messung am 03.02.2015 abgewartet werden. Man kann die 3 betroffenen Räume schließen.

Herr Gobst informiert, dass an anderen Schulen sofort gehandelt wurde. Warum wird das hier nicht auch sofort gemacht?

Dazu erklärt Herr Weißmann, dass es z.B. in Eisennach andere Ursachen gibt.

Frau Schillinger möchte wissen, ob bereits 2012 bekannt war, dass die Messwerte unter falschen Bedingungen aufgenommen wurden. Dazu erläutert Herr Heinrich, dass ihm nichts von der Unfallkasse gemeldet worden ist, was ein sofortiges Handeln erfordert hätte. Wenn eine Gesundheitsgefährdung vorgelegen hätte, hätte die Unfallkasse eindringlich darauf hingewiesen.

Herr Kliche liest aus dem Gutachten 2012 vor, wo ausdrücklich steht, dass eine gesundheitliche Beeinträchtigung noch nicht zu erwarten ist. Es wird der Sanierungsbedarf benannt, aber nicht unverzüglich. Des weiteren verweist Herr Kliche auf die Fernsehsendung vom vergangenen Dienstag im MDR, worin von hier anwesenden Personen der Begriff „krebserregend“ benutzt wird und hält dies für eine willkürliche Panikmache.

Herr Sitte wirft ein, dass diese Dokumente aus dem Jahr 2012 der Schule bekannt waren und seitens der Schulleitung nichts unternommen wurde.

Frau Werner bittet darum, im Interesse der Kinder alle Risiken auszuschließen.

Herr Frischmuth berichtet von einem ähnlichen Problem in der KITA in Oppin. Dabei hat sich auch sofort das Jugendamt eingeschaltet und es musste ein Maßnahmenplan erarbeitet werden, ohne dass die Einrichtung geschlossen wurde. Es stellt sich für ihn die Frage, was seitens der Schulleitung unternommen wurde.

Herr Wolff gibt an, dass das Schulamt von dem Gutachten 2012 keine Kenntnis hat. Man kennt lediglich das Gutachten von 2014. Es muss noch ergründet werden, warum hier nichts passiert ist. Aber nach den Angaben könnte eine Gefährdung vorliegen und es muss gehandelt werden.

Herr Kliche weist nochmals darauf hin, dass im Gutachten steht, dass keine Gefährdung gegeben ist.

Herr Stolzenberg bittet für zukünftige Sitzungen, solche Sachen nicht unter Sonstiges abzuhandeln. Es findet hier eine unqualifizierte Diskussion ohne vorliegende Unterlagen statt. Die Tagesordnung muss ordnungsgemäß vorbereitet werden und dann kann auch ordentlich mit Vorbereitung darüber diskutiert werden.

Herr Arzt gibt zu bedenken, dass aber auch kurzfristige notwendige Themen abgehandelt werden müssen.

Hier ist Herr Stolzenberg der Meinung, dass die Verwaltung bei einer lebensbedrohlichen Situation auch ohne den Stadtrat handeln kann.

Herr Kupsi meint, die Verwaltung soll handeln und die betroffenen Räume vorerst verschließen. Des weiteren empfiehlt er für den weiteren Ablauf, in die nächste Sitzung einen Beschluss einzubringen, wonach die Verwaltung ein Ingenieurbüro beauftragt, damit nicht zu viel Zeit verloren geht.

Herr Weißmann informiert, dass ein Angebot vorliegt und die Kosten bekannt sind.

Herr St. Müller spekuliert, dass jetzt für die Sanierung der Fußböden ca. 100.000 € ausgegeben werden, obwohl noch nicht feststeht, ob es wirklich notwendig ist. Und im Anschluss kommen dann doch wieder Fragen auf, ob das denn notwendig war. Keiner der Anwesenden kann es chemisch einschätzen, was richtig ist. Er regt daher an, in der nächsten Stadtratssitzung dieses Thema als separaten Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil aufzunehmen und die Frau Bittorf dazu einzuladen, damit diese die entsprechenden Fragen beantworten kann.

Frau Werner bittet um Prüfung, ob die betroffene Firma, die die Beläge verlegt hat, in Regress genommen werden kann.

Frau Moron-Wernicke erwähnt ein Treffen mit Frau Bittorf, welche Chemikerin ist, im September 2014 und die dort konkret gestellte Frage, ob für die Kinder der Schule ein Gefährdungspotential besteht, ja oder nein. Muss die Schule geschlossen werden, ja oder nein. Frau Bittorf antwortete mit Nein.

Des weiteren erklärt Frau Moron-Wernicke, dass die Kosten bekannt sind und ggf. in der haushaltslosen Zeit die Sanierung als dringende Angelegenheit mit Zustimmung des Stadtrates trotzdem erledigt werden könnte. Und sollte die Schließung der betroffenen Räume in Erwägung gezogen werden, besteht kein Engpass, da die Horträume doppelt genutzt werden können.

Herr Arzt regt an, die betroffenen Räume zu verschließen.

Dr. Müller bitte um Beendigung der Diskussion.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 20.00 Uhr beendet.